

II-8459 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 4159 10

A N F R A G E

1993 -01- 21

der Abgeordneten Dr. Jankowitsch und Genossen  
an den Bundesminister für Finanzen

betreffend: freie Wahl des Schulsystems für Kinder von ins Ausland entsendeten  
Bundesbediensteten

Für die ins Ausland entsendeten Bediensteten des Bundes, zu denen neben Angehörigen der verschiedenen auswärtigen Dienste des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten auch eine zunehmende Anzahl von Bediensteten anderer Bundes/Landesdienststellen gehören, stellt sich immer wieder die Frage der Wahl einer optimalen schulischen Ausbildung für die im Ausland mit ihnen im Familienverband lebenden schulpflichtigen Kinder.

Für die Auswahl eines solchen Schulsystems können neben wichtigen kulturellen Gründen (wie etwa die Möglichkeit des Unterrichts in der Muttersprache) auch andere wie die Möglichkeit, sich in ein Schulsystem zu integrieren, das infolge seiner globalen Präsenz auch bei mehrmaliger Versetzung immer wieder Anknüpfungsmöglichkeiten bietet, massgeblich sein.

Aus diesem Grund erscheint es essentiell, das Elternrecht auf Wahl des für die schulische Ausbildung maximalen Systems zu erhalten und dieses nicht durch Einführung einzelner, wenig flexibler Kriterien (wie z.B. Einschränkungen der Wahlfreiheit bei Vorhandensein einer deutschsprachigen Schule) zu beengen bzw. ganz zu eliminieren. Eine Ausrichtung der schulischen Ausbildung im Ausland lebender österreichischer Kinder auf deutschsprachige Schulen erscheint auch deswegen bedenklich, da in diesen Schulen der Unterricht nach bundesdeutschen und nicht nach österreichischen Lehrplänen erfolgt, und durch die starke Einbindung in das deutsche Schulwesen die Gefahr der Entstehung eines Entfremdungseffektes zu befürchten ist, der wesentlich höher veranschlagt ist als bei Unterricht in einer nicht-deutschen Schulsprache (wie z.B. englisch oder französisch).

Aus diesen Gründen richten die gefertigten Abgeordneten an den Bundesminister für Finanzen die nachfolgende

A N F R A G E

1. Wie gross ist die Zahl der Bundesbediensteten (einschliesslich der Angehörigen des Bundesministeriums für auswärtige Angelegenheiten), die derzeit an einem Dienstort im Ausland tätig sind, und wie viele von ihnen haben Kinder im schulpflichtigen Alter?
2. Wie gross ist die Anzahl der Kinder, die Schulen mit deutscher bzw. nicht-deutscher Unterrichtssprache besuchen?
3. Sind Sie bereit, Bundesbediensteten in Auslandsverwendung, die Eltern schulpflichtiger Kinder sind, die Wahl jenes Schultyps zu überlassen, der den kulturellen, familiären und sonstigen Erfordernissen der Betroffenen am ehesten entspricht?

4. Wenn die Antwort auf die vorhergehende Frage negativ sein sollte, bitte um Angabe der Gründe, aus denen Sie eine solche Wahlfreiheit nicht gewähren können.

5. Sind Sie bereit, das gegenwärtige System der Genehmigung des Schulbesuches verschiedener Schultypen im Ausland nochmals unter dem Gesichtspunkt einer möglichen "Zwangsgermanisierung" der Kinder österreichischer Auslandsbediensteter zu überprüfen und dabei auch allfällige fiskalische Gesichtspunkte (wie Kosten der internationalen Schulen in Wien) aus wichtigen staats- und kulturpolitischen Gründen zurückzustellen?